

Zusammenfassung der Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2021

(wichtige Inhalte für die Branche)

Inhaltsverzeichnis

1.	WAHLPROGRAMM CDU/CSU (IN REGIERUNGSBETEILIGUNG).....	2
2.	WAHLPROGRAMM SPD (IN REGIERUNGSBETEILIGUNG).....	3
3.	WAHLPROGRAMM AFD.....	4
4.	WAHLPROGRAMM FDP.....	6
5.	WAHLPROGRAMM DIE LINKE.....	8
6.	WAHLPROGRAMM BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	9

1. Wahlprogramm CDU/CSU (in Regierungsbeteiligung)

Nachhaltiges Europa

Mit dem Green Deal möchte die CDU/CSU zu einem **klimaneutralen Kontinent** werden. Der europäische Emissionshandel soll nun auch auf den Verkehr- und Wärmesektor ausgeweitet werden (vgl. S.21).

Schnelle und emissionsarme Mobilität voranbringen

Die CDU will bei Regierungsbeteiligung für eine **leistungsfähigere Infrastruktur** eintreten. Laut Partei hat Deutschland die Chance, der erste Kontinent mit CO₂-neutraler Mobilität zu werden, weshalb sie den Wettbewerb mit **technologieoffenen** Ideen fördern wollen (vgl. S.30). Ein Dieselfahrverbot lehnt die Partei ab (vgl. S.49).

Den **Schieneverkehr** wollen sie insgesamt stärken. Dabei wollen sie Lücken schließen, Strecken und Fahrzeuge elektrifizieren und mehr Kapazitäten schaffen. Der Schienenverkehr soll laut Partei in Zukunft auch vermehrt nachts genutzt werden. Darüber hinaus soll der **Güterverkehr** von der Straße auf die Schiene und auf Wasserwege verlegt werden. Den kombinierten Verkehr wollen sie ausbauen (vgl. S.48).

Neuer Wohlstand – mit nachhaltigem Wachstum zum klimaneutralen Industrieland

Die Partei verspricht in ihrem Wahlprogramm nachhaltiges Wachstum, Klimaschutz und soziale Sicherheit miteinander zu verknüpfen. Dabei strebt die Partei **umfassende Modernisierungen** an und will vor allem in Hinsicht auf den Klimawandel wichtige Schritte in diesem Jahrzehnt gehen, damit das Land bis **2045 klimaneutral** wird (vgl. S.33). Die Schonung von Ressourcen ist laut CDU in Zukunft unabdingbar. Sie wollen deshalb Verbraucher/innen bei Investitionen in besonders ressourcenschonende digitale Technologien unterstützen (vgl. S.42). Der **Wegwerfgesellschaft** wollen sie ein Ende setzen und dafür die Kreislaufwirtschaft stärken. Dabei legen sie vor allem Wert darauf, die benötigten Rohstoffe aus dem eigenen Land zu beziehen und vermehrt **Recyclingrohstoffe** einzusetzen (vgl. S.45).

Für einen intelligenten Energiemix sorgen

Die Christdemokraten wollen den Ausbau der **Erneuerbaren Energien** entscheidend voranbringen und diese schneller ausbauen, damit der steigende Energiebedarf zukünftig gedeckt werden kann (vgl. S.42). Die Partei vertritt beim Bau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen der Landwirtschaft die Ansicht, dass keine zusätzlichen Flächen für den naturschutzrechtlichen Ausgleich entzogen werden sollen, wenn Mindestkriterien für Naturschutz und biologische Vielfalt auf der Anlagenfläche erfüllt werden können. Darüber hinaus fördern sie den **naturverträglichen Ausbau** von Windkraftanlagen sowie das Repowering von Anlagen (vgl. S.43).

Dem Wald von Morgen neue starke Wurzeln geben und Verwendung von Holz stärken

Die CDU identifiziert die Wälder als **wichtigsten Klimaschützer** und gleichzeitig als wichtigen **Wirtschaftsfaktor**. Sie sorgen beispielsweise für Arbeitsplätze und sind unverzichtbar für die Biodiversität und unsere Erholung. Die Partei plädiert nun dafür, dass das geschnürte 1,5-Milliarden-Euro-Paket für die Wiederbewaldung und die Anpassung an den Klimawandel auch Kleinwaldbesitzern zugänglich gemacht wird. Dadurch wollen sie auch Kleinwaldbesitzer beim Aufbau klimastabiler Mischwälder mit angepassten Baumarten unterstützen. Der Grundsatz der CDU lautet „**Schützen durch Nützen**“, weshalb sie auch zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder und zu einer multifunktionalen Forstwirtschaft stehen. In diesem

Zusammenhang befürwortet die Partei ausdrücklich die **Verwendung von Holzprodukten** (vgl. S.46).

Des Weiteren plädieren sie dafür, die **Klimaschutzleistungen** des Waldes unter Einbezug der Holzprodukte finanziell zu **honorieren**. Außerdem wollen sie eine **CO₂-Bindungsprämie** einführen. Außerdem wollen sie sich gegen illegalen Holzeinschlag einsetzen und für den Erhalt des Regenwaldes sowie weitere wichtige Naturwälder (vgl. 46f.).

Insgesamt macht die Partei in ihrem Wahlprogramm deutlich, dass es ihr Ziel ist, **Nachhaltigkeit in der Land- und Forstwirtschaft** sichtbar, messbar und bezahlbar zu machen (vgl. S.52).

Nachhaltiges Bauen

Für die CDU muss zukünftiges Bauen nicht nur bezahlbar, sondern auch nachhaltig sein. Dazu müssen umweltfreundliche Baustoffe verwendet werden. Vor allem heimische Baustoffe, wie Holz, Sand und Gips sollen dafür genutzt werden. Das Bauen mit Holz soll dabei die Verwendung von Recyclingmaterial stärker voranbringen (vgl. S.124). Darüber hinaus wollen sie Holz als Bau-, Werk- und Brennstoff insgesamt fördern und Hemmnisse abbauen. In diesem Zusammenhang wollen sie eine **Holzbaupoffensive** starten (vgl. S.46).

Das Wahlprogramm zur Bundestagswahl finden Sie hier:

<https://www.ein-guter-plan-fuer-deutschland.de/programm/Beschluss+Programm.pdf>

2. Wahlprogramm SPD *(in Regierungsbeteiligung)*

Zukunftsmission I: Klimaneutrales Deutschland

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) identifiziert den Klimawandel gleich zu Beginn ihres Wahlprogramms als **Menschheitsaufgabe**. Deutschland soll bis spätestens **2045 komplett klimaneutral** zu sein. In Einklang mit den europäischen Klimazielen wollen sie das Minderungsziel für 2030 deutlich anheben (auf 65%). Ebenfalls festschreiben wollen sie ein Minderungsziel für 2040 (88%) (vgl. S.8). So soll Leben, Arbeiten und Wirtschaften spätestens 2045 keine negativen Auswirkungen mehr auf das Klima haben. Die Energieversorgung soll in Deutschland dann vollständig auf erneuerbaren Energien beruhen (vgl. S.9).

Erneuerbare Energien ausbauen

Die Partei setzt sich in ihrem Programm nachdrücklich dafür ein, die Erneuerbaren Energien auszubauen, um den Strombedarf auch zukünftig decken zu können. **Verbindliche Ausbauziele** sollen dabei helfen (vgl. S.9).

Klimafreundliches Bauen

Der Gebäudesektor muss laut SPD schrittweise **CO₂-neutral** werden. In Zukunft soll ein Markt für umweltfreundliche Ausgangsmaterialien geschaffen werden. Außerdem soll die öffentliche Hand als großer Bauherr von Straßen und Gebäuden bis 2030 schrittweise immer mehr und **ab 2030 ausschließlich klimaneutrale Grundmaterialien** für Bauten schaffen (vgl. S.9).

Zukunftsmission II: Modernstes Mobilitätssystem Europas

Die moderne Mobilität soll nachhaltig, bezahlbar, barrierefrei und verlässlich gestaltet werden. Bis 2030 wollen die Sozialdemokraten das modernste, klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen (vgl. S.11). An dieser Stelle mit inbegriffen ist auch der Ausbau der **Ladeinfrastruktur** für die Elektromobilität (vgl. S.12). In den Kommunen sollen schließlich bis 2030 bereits alle Busse und Bahnen klimaneutral fahren. Der **Schieneverkehr** ist für die Partei der Schwerpunkt ihrer verkehrspolitischen Agenda. Das Schienennetz soll nicht nur in Bezug auf den Personenverkehr, sondern auch hinsichtlich des **Güterverkehrs** ausgebaut und modernisiert werden. Weiterhin ist es der Partei ein Anliegen, alte **Bahnstrecken** wieder zu **reaktivieren**. Bis 2030 sollen mindestens 75% des Schienennetzes elektrifiziert sein (vgl. S.11). Außerdem will die Partei die Potenziale der **Wasserstraßen** nutzen, um mehr Güterverkehr vom LKW auf die umweltfreundliche Binnenschifffahrt zu verlagern (vgl. S.12).

Natur respektieren

Die Sozialdemokraten machen in ihrem Wahlprogramm deutlich, dass sie den natürlichen Lebensraum erhalten wollen. Unabdingbar ist für sie in diesem Zusammenhang der Ausstieg aus der Wegwerfgesellschaft (vgl. S.52). „*Der Kreislaufwirtschaft gehört die Zukunft.*“ (ebd.). Umweltfreundlichere recycelbare Lösungen sollen umweltschädliche Stoffe, wie Kunststoff ersetzen. Die Partei setzt sich darüber hinaus für eine Biodiversitätspolitik ein, die Ökosysteme schützt und sie wiederherstellt. Eine besondere Rolle nimmt dabei der **Erhalt der Wälder** in Deutschland ein. Dünger und Pestizide sollen reduziert werden. Moore und Wälder haben für die SPD auch eine große Bedeutung, wenn es um **Kohlenstoffsenken** geht. Ohne diese kann Deutschland laut Partei nicht klimaneutral werden. Deshalb sollten Moore geschützt und in großem Stil wieder vernässt werden. Wälder müssen laut Partei an den Klimawandel angepasst werden, damit sie auch in Zukunft ihre wichtige Rolle für den Klimaschutz und die Biodiversität erfüllen können (vgl. S.52).

+++ Begriffe Holz, Forst, Forstwirtschaft, Holzwirtschaft tauchen nicht auf. +++

Das Wahlprogramm zur Bundestagswahl finden Sie hier:

<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>

3. Wahlprogramm AfD

Dem Klimawandel begegnen

Die Alternative für Deutschland begegnet dem Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen faktisch auf null zu senken, mit **Skepsis**. Sie befürchten Freiheitseinschränkungen und lehnen das Ziel deshalb ab. Die Partei hält den Verzicht von Kohle, Öl und Gas für falsch. Sie erachtet das Spurengas CO₂ als Voraussetzung für Leben und als unverzichtbar (vgl. S.172). „*Der Anstieg der Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre hat in den letzten Jahrzehnten zu einem Ergrünen der Erde beigetragen.*“ (ebd.). Im weiteren Verlauf des Wahlprogramms äußert die AfD Zweifel daran, dass der Mensch für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist. Aus dem **Klimaschutzabkommen** von Paris wollen sie **austreten** (vgl. S.173).

Energiepolitik

Die Partei macht in ihrem Bundeswahlprogramm deutlich, dass sie den europäischen „**Green Deal**“ **ablehnen**. Sie treten für einen **breiten Energiemix** ein und wollen, dass die Energieversorgung gesichert, umweltfreundlich sowie kostengünstig und im Rahmen des freien Marktes gewährleistet wird (vgl. S.174). Eine komplette Umstellung auf erneuerbare Energieversorgung sei laut AfD nicht nur unökonomisch, sondern auch unrealistisch und daher abzulehnen. Auch das neue Gebäudeenergiegesetz lehnen sie ab (vgl. S.175).

Auf **Waldflächen** und in Schutzgebieten dürften laut Partei in Zukunft **keine Wind- und Solaranlagen** errichtet werden. Damit setzen sie sich für die Bewahrung des heimatischen Landschaftsbildes ein. Außerdem hat ihrer Auffassung nach ein vollständiger **Rückbau** der Windenergieanlagen zu erfolgen (ebd.).

Den Ausstieg aus der Kohleverstromung lehnt die Partei vehement ab, da Deutschland laut Partei die saubersten und effizientesten Kohlekraftwerke besitzt (vgl. S.176).

Mobilität und Infrastruktur

Sicherer, sauberer und verlässlicher **Schieneverkehr** ist für die AfD essenziell. Sie unterstützen den **Ausbau** des Schienennetzes. Die deutsche **Automobilindustrie** soll als **Leitindustrie** erhalten werden (vgl. S.184f.). Elektromobilität ist laut Partei aufgrund mangelnder Stromkapazitäten sofort zu stoppen (vgl. S.186).

Landwirtschaft und Umweltschutz

Die Partei vertritt die Auffassung, dass die heimische Land- und Forstwirtschaft unverzichtbar für die Versorgung mit wichtigen Allgemeingütern ist (vgl. S.192). Aus ihrer Perspektive hat die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bislang mehr Schaden als Nutzen gebracht. Die Partei plädiert im Folgenden für eine realitätsbezogene Bildung in Hinblick auf **grüne Berufe** (bspw. Forstwirtschaft), damit sich mehr Wertschätzung für diese Tätigkeiten entwickelt (vgl. S.193). Den Schutz der heimischen Ökosysteme wollen sie verbessern. **Gebietsfremde Arten** identifiziert die Partei als störend in Hinblick auf das ökologische Gleichgewicht vor Ort. Gebietsfremde Arten hätten einen negativen Einfluss auf die heimische Natur und können laut AfD konkrete finanzielle und gesundheitliche Schäden verursachen. Das Einschleppen **invasiver Pflanzenarten** muss in Zukunft verhindert und deren Ausbreitung vermieden werden. Außerdem soll ein zeitgemäßes **Wildtiermanagement** umgesetzt werden (vgl. S.196).

Wälder schützen und bewahren

*„Um einen gesunden Wald mit Wild zu erhalten, braucht es **waldbauliche Maßnahmen** im Einklang mit Ökonomie, Ökologie und Naherholung.“* (S.197). Die AfD setzt sich für eine **Förderung** des Baumaterials und Energieträgers **Holz** ein, um eine nachhaltige Bewirtschaftung und Sicherung der Wälder zu erreichen. Außerdem plädieren sie für den Abbau von Bürokratie bei der Dokumentation in der Forstwirtschaft (vgl. S.197).

Das Wahlprogramm zur Bundestagswahl finden Sie hier:

<https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/05/2021-05-20--AfD-Bundestagswahlprogramm-2021.pdf>

4. Wahlprogramm FDP

Wirtschaft und Umwelt verbinden

Unter dem Titel „Nie gab es mehr zu tun.“ stellen die Freien Demokraten ihr Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 vor. Auch sie erkennen die **Endlichkeit fossiler Rohstoffe** an und wollen mit der **Bioökonomie** Antworten auf globale Herausforderungen, wie zum Beispiel den Klimawandel finden. Durch die Bioökonomie soll eine nachhaltige und innovative Nutzung biologischer Ressourcen gelingen. **Forschung** zur effizienteren Nutzung von Ressourcen soll zu einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Wirtschaft beitragen. Ökologie und Ökonomie sollen so verbunden werden. **Recycling** spielt für die Freien Demokraten eine wichtige Rolle. Abfälle sollen deshalb zu neuen Rohstoffen verarbeitet werden. Die Partei strebt darüber hinaus eine EU-weite Kreislaufwirtschaft an (vgl. S.25).

Freie Mobilität und Modernisierung der Infrastruktur

Für die FDP sind Verbote im Bereich Mobilität nicht zielführend und sollten vermieden werden. Sie führen laut Partei nur zu Umgehungsverkehr, der sich negativ auf die Klima- und Luftbelastung auswirkt. Dafür setzen sie auf Innovationen und umwelt- und klimafreundliche Motoren und alternative Kraftstoffe. (vgl. S.26).

Im Folgenden setzt sich die Partei dafür ein, bei der Schiene Infrastruktur und Bahnbetrieb zu trennen. Dabei soll das Netz Eigentum des Bundes bleiben und der Betrieb privatisiert werden. Übergeordnetes Ziel für die Freien Demokraten ist es, mehr **Güter über die Schiene** von A nach B zu transportieren. Dies gelingt laut Partei nur mit mehr Wettbewerb auf der Schiene, Digitalisierung und niedrigen Trassenpreisen für die Nutzung der Schienenwege. Der Bund könnte sich laut FDP bei der eben beschriebenen Trennung mehr auf die Bereitstellung und Modernisierung der Infrastruktur konzentrieren (vgl. S.26f.). Im Binnenwasserstraßennetz wollen sie vorhandene Kapazitäten besser nutzen. So kann der Transport von der Straße auch auf das Wasser verlagert werden und dadurch das Bahnnetz entlasten (vgl. S.27). Außerdem fordern sie eine **ganzheitliche Infrastrukturstrategie für Europa** (vgl. S.29).

Emissionshandel schnellstmöglich auf alle Emissionen ausweiten und fairen Wettbewerb sichern

Die Freien Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren (vor allem auf den Verkehrssektor) (vgl. S.58) und auch geografisch ausweiten. Die **Klimaneutralität bis zum Jahr 2050** unterstützen sie und wollen dieses Ziel durch ein striktes CO₂-Limit und ein umfassendes Emissionshandelssystem erreichen. Für die FDP gilt: Wer in Zukunft CO₂ aus der Atmosphäre entzieht und bindet, muss dafür je Tonne gebundenes CO₂ ein europäisches CO₂-Zertifikat erhalten (vgl. S.58f.). Entsprechend des Pariser Klimaabkommens (Art. 6) wollen sie außerdem die Möglichkeit nutzen, Projekte in anderen Staaten zu finanzieren und entsprechende Treibhausgasreduktionen auf die eigenen Ziele anzurechnen (vgl. S.59).

Mehr Wald für Klima- und Artenschutz

In ihrem Wahlprogramm tritt die Partei für mehr **Aufforstungen** und den **Schutz** bestehender Wälder ein. Weltweit sollen wertvolle Waldökosysteme und Moore erhalten werden. Dabei sieht die Partei vor allem internationale Anreize als notwendig. Eine Möglichkeit dafür wäre die

Belohnung der langfristigen Bindung von CO₂ durch das Emissionshandelssystem. Aufforstung und Wiedervernässung von Mooren ist zurzeit laut Partei sowohl ein verfügbares als auch ein bezahlbares Mittel im Kampf gegen den Klimawandel und für bessere Lebens-, Ernährungs- und Einkommenschancen weltweit. Um die Belastung der Umwelt zu reduzieren, unterstützen die Freien Demokraten auch alle Innovationen in Züchtung, Pflanzenschutz, Digitalisierung und vielen weiteren Bereichen (vgl. S.59f.).

Das **Artensterben** will die Partei bestmöglich verhindern und versteht den Artenerhalt nicht nur als unbedingt notwendig, sondern auch als ethische Verpflichtung. Das Eindringen von fremden **invasiven Arten** in unser Ökosystem soll verhindert werden, um heimische Artenvielfalt zu schützen (vgl. S.61). Weiterhin befürworten die Freien Demokraten ein **modernes Wildtiermanagement** als Teil des Naturschutzes (vgl. S.83).

Wirtschaftswälder erhalten

Die Freien Demokraten fördern die multifunktionale Forstwirtschaft und wollen artenreiche Wälder erhalten. Ökonomie und Ökologie sollen dabei Hand in Hand gehen. Mit einer **Waldschutzoffensive** wollen sie die **Schadholzbergung, Schädlingsbekämpfung** und schnelle **Aufforstung** mit klimaresilienten und wirtschaftlichen Baumarten forcieren. Die Einschränkung bei der Bewirtschaftung sowie die **Stilllegung von Wäldern** sollten laut Partei auf unwirtschaftlichen Gebieten fokussiert werden. Außerdem sollen die Gemeinwohlleistungen der Wälder marktorientiert **honoriert** werden. So sollen auch **Förderinstrumente** grundsätzlich für die Forstwirtschaft zur Verfügung stehen. Stärken wollen sie forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und Kleinprivatwälder. Um der Forstwirtschaft die Anpassung an den Klimawandel zu erleichtern, soll es Betrieben ermöglicht werden, mit steuerfreien **Risikoausgleichsrücklagen** in guten Jahren für Dürren und andere Folgen des Klimawandels vorzusorgen (vgl. S.81f.).

Den **Rohstoff Holz** identifiziert die Partei als wichtigsten nachwachsenden Rohstoff in Deutschland, weshalb sie in diesem Bezug die Forschung und dessen Nutzung noch weiter ausweiten wollen. Die Bewirtschaftung der Wälder soll aber mit Rücksicht auf den Arten- und Naturschutz erfolgen (vgl. ebd.).

Erneuerbare Energien marktwirtschaftlich ausbauen

Erneuerbare Energien will die Partei vollständig in den Wettbewerb überführen und die Förderung nach dem EEG beenden. Gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Technologien und staatlich garantierte Abnahmepreise lehnen sie ab (vgl. 79). Die Partei möchte die Energiewende stärker **innovativ, technologieoffen, international** und als Gesamtsystem denken. Das europäische Gesamtsystem soll kosteneffizient und sicher sein. *„Wir wollen eine naturwissenschaftlich fundierte Energiepolitik, die auf Innovation, Wettbewerb und hohe gesellschaftliche Akzeptanz setzt.“* (ebd.).

Das Wahlprogramm zur Bundestagswahl finden Sie hier:

https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_2.pdf

5. Wahlprogramm Die Linke

Sozial- und klimagerechte Wirtschaftspolitik

Die Linken wollen den Umbau hin zu einer weitgehend kohlenstoffdioxidfreien, energie- und **ressourcensparenden Wirtschaft** und Infrastruktur so schnell wie möglich erreichen. Die Industriestruktur muss laut Partei regionaler, krisenfester und vor allem unabhängiger vom Export werden. Den notwendigen **ökologischen Umbau** in dem Industriesektor wollen sie mit einem staatlichen Industrie-Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro umsetzen. Des Weiteren wollen sie weg von einer Wegwerfgesellschaft in eine **Kreislaufwirtschaft**. Mit ihrem Zukunftsinvestitionsprogramm wollen sie dabei helfen, **Wirtschaft und Infrastruktur bis 2035 klimaneutral** zu machen. Laut Partei kann die Klimakatastrophe bewältigt werden, wenn radikal, realistisch und gerecht gehandelt wird. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören für die Linken untrennbar zusammen.

Verkehrswende und gerechte Mobilität

Die Partei fordert bezahlbare und **klimafreundliche Mobilität** für alle. Die Verkehrswende soll laut Partei zwar für mehr Mobilität aber nicht zu mehr Verkehr führen. Umsetzen wollen sie dies, indem sie den Verkehr von der Straße auf die Schiene lenken. Das **Schiennetz** muss dementsprechend ausgebaut und der Schienenverkehr soll laut Partei öffentlich organisiert werden. Alle Privatisierungen, Ausgliederungen und Aufspaltungen müssen rückgängig gemacht werden. Die **öffentlichen Investitionen** in die Schieneninfrastruktur sollen in Zukunft um das **fünffache erhöht** werden. Dazu fordern sie die **Elektrifizierung** der Strecken oder eine Umstellung auf andere alternative und nachhaltige Antriebstechnologien. Die Partei fordert außerdem, dass der **Güterverkehr** auch unter 300 km Entfernung wieder auf die Schiene verlagert werden muss. Mit einem **Reaktivierungsprogramm** wollen sie zahlreiche in den letzten Jahren stillgelegte Bahnstrecken wieder aufbauen und ganze Regionen wieder an das Gleisnetz anschließen. Autobahnen hingegen wollen sie weder aus noch neu bauen. Den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor wollen sie bis spätestens 2030 als klimapolitisches Ziel erreicht haben. Die **LKW-Maut** will die Partei auf alle Straßen ausweiten und erhöhen. Bundes- und Landstraßen sollen LKW nicht mehr nutzen dürfen

Auf erneuerbare Energien umstellen

Die gesamte Energie sollte laut Partei so schnell wie möglich aus erneuerbaren Quellen kommen. Bis 2035 müssen erneuerbare Energien das System der fossilen Energien laut Partei ersetzen, damit **Deutschland bis 2035 klimaneutral** werden kann. Allerdings sind erneuerbare Energien durch Ressourcen und verfügbare Fläche begrenzt, weshalb der Energieverbrauch deutlich reduziert und auf ein notwendiges beschränkt werden muss. Den Kohleausstieg will die Partei 2030 erreicht haben. In der Folge soll auch der Ausstieg aus der Atomkraft und der Verbrennung von fossilem Erdgas folgen. Dafür soll ein Erdgasausstiegsgesetz erarbeitet werden. Strom- und Wärmenetze sollen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden. Zudem soll **Bioenergie** aus eigens hierzu angebauten Energiepflanzen oder neu geschlagenem **Holz** nicht mehr generell als ökologisch gelten und keine staatliche Förderung als erneuerbare Energie erhalten.

Land- und Forstwirtschaft fördern

Den öffentlichen Besitz an land- und forstwirtschaftlichen Flächen wollen sie stärken und Landraub wirksam verhindern. Sie schlagen in ihrem Wahlprogramm einen öffentlichen Bodenfonds vor, der vor allem an **nachhaltig wirtschaftende**, ortsansässige Agrarbetriebe fair verpachtet werden soll. Die Partei setzt sich in der Land- und Forstwirtschaft außerdem für **flächendeckende Tarifverträge** ein. Der Einsatz von **Pestiziden** soll in Zukunft reduziert werden. Sie wollen außerdem Anbausysteme fördern, die das Klima, die Böden und Pflanzen besonders schützen.

Biologische Vielfalt schützen

Die Linken wollen die Artenvielfalt auf unserem Planeten schützen und erhalten und sehen dafür mehrere Maßnahmen vor. Das **nationale Naturerbe** wollen sie nicht nur sichern, sondern auch ausweiten. Um das 2020-Ziel von **2 Prozent Wildnis** zu erreichen, müssen laut Partei auch über diese Flächen hinaus Gebiete zur Wildnis-Entwicklung ausgewiesen werden. Außerdem wollen sie mehr **Biotopen-Verbünde** herstellen.

Wald und Holz

Den Wald erachten sie Linken als zentrale und **wichtige CO₂-Senke**, welcher erhalten werden muss. Dies gelingt laut Partei mit einer **naturnahen Waldbewirtschaftung**, die auf Mischwäldern beruht. Eine **vielfältige Altersstruktur** und vor allem **europäische Baumarten** sieht die Partei als Schlüssel für das Gelingen. Der Erhalt sowie die **Renaturierung** und die Wiedervernässung von Mooren muss laut Partei gefördert werden, da sie einen großen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten.

Holz betrachtet die Partei als immer wichtiger werdenden **Rohstoff vor allem im Bau**. Auch mit dieser Ressource muss laut Partei sparsam umgegangen werden, um eine **Holzarmut** zu vermeiden. Sie streben ein **besseres Holzrecycling** mit einer Nutzungskaskade an, in der die Holzverbrennung zur Energiegewinnung erst ganz zum Schluss zum Einsatz kommt. Energie direkt aus dem Wald sehen die Linken nicht als Beitrag zum Klimaschutz.

Das Programm zur Bundestagswahl 2021 finden Sie hier:

<https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/>

6. Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen

Lebensgrundlagen Schützen

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen macht in ihrem Wahlprogramm mit dem Titel „**Deutschland. Alles ist drin.**“ darauf aufmerksam, dass Klimaschutz keine Zukunftsaufgabe mehr ist, sondern eine aktuelle. Dabei verweisen sie auf die vergangenen Hitzesommer, die Dürren und das damit verbundene Waldsterben. Das Pariser Klimaabkommen wollen sie in einer zukünftigen Regierung in den Mittelpunkt stellen und alle Ministerien danach ausrichten. Dabei wollen sie Energie, Wärme, Verkehr und Industrie zusammenbringen. Weiterhin wollen sie Ökologie und Soziales zusammendenken. Die Kosten und Belastungen, die durch die

zukünftigen Herausforderungen entstehen, müssen laut Partei gerecht verteilt werden. Die Grünen wollen außerdem neue Prioritäten setzen und alles belohnen und fördern, was Mensch, Tier, Klima und Natur schützt (vgl. S.3). Ressourcenschonung und Energiesparsamkeit ist für sie ein essenzieller Baustein in Bezug auf den Klimaschutz (vgl. S.5). Außerdem wollen sie das deutsche Klimaziel 2030 auf mindestens -70% anheben (vgl. S.6).

Erneuerbare Energien ausbauen

Um die angesprochene Klimaneutralität zu erreichen, will die Partei statt auf Kohle, Öl und fossiles Gas zu setzen, das Energiesystem auf **Sonnen- und Windenergie** ausrichten. Strom soll zukünftig aus erneuerbaren Energien kommen (vgl. S.3f.). Ihr Ziel ist es 100 % erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen, denn nur so kann Deutschland in 20 Jahren klimaneutral werden (vgl. S.6). Dementsprechend muss die Wind- und Solarenergie weiter ausgebaut werden. Beim Windausbau soll aber ein Konflikt mit Natur- und Artenschutz auf ein Minimum beschränkt werden. Bundesweit sollen auf zwei Prozent der Fläche erneuerbare Energien Platz finden. Repowering wollen sie erleichtern (vgl. S.7f.).

Aktuellen Klimaschutz erweitern

In Bezug auf klimagerechtes Wirtschaften sehen die Grünen eine **CO₂-Bepreisung** nur als eine von vielen Lösungsmöglichkeiten. Unter anderem sind für sie auch mehr **Anreize** und **Förderungen** wichtige Aspekte. Das **Europäische Emissionshandelssystem (ETS)** will die Partei in Hinblick auf die neuen EU-Klimaziele für 2030 reformieren. Emissionszertifikate wollen sie deutlich reduzieren und überschüssige Zertifikate vom Markt entfernen. Dadurch streben sie einen CO₂-Preis im Bereich Strom und Industrie an, der dafür sorgt, dass erneuerbare Energien statt Kohlestrom genutzt werden. Des Weiteren wollen sie die Erhöhung des CO₂-Preises, der bereits für die Sektoren Verkehr und Wärme eingeführt wurde, auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Dieser soll dann ansteigen, sodass er die Erfüllung des neuen Klimaziels 2030 absichert (vgl. S.7).

Die Einnahmen aus dem CO₂-Preis sollen an die Bürger zurückgehen. Dies soll in Form eines Energiegeldes und der Senkung der EEG-Umlage gelingen. Dieses Energiegeld soll nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden und kommt damit auch Menschen zugute, die beispielsweise Arbeitslosengeld II beziehen (vgl. ebd.).

Klimaschutz soll außerdem systematisch in die Rechtsordnung einbezogen werden. So sollen Gesetze auf ihre Klimawirkung hin geprüft werden und die Vereinbarkeit mit den nationalen Klimaschutzzielen gesichert werden (vgl. S.6).

Nachhaltige Mobilität: Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur

Die Grünen setzen sich in ihrem Wahlprogramm für eine **nachhaltige Mobilitätswende** und den Ausbau des Bahnverkehrs ein. Anschlüsse an das Schienennetz und stillgelegte Bahnstrecken sollen dabei reaktiviert werden (vgl. S.10f.). Insgesamt soll die **Verkehrsinfrastruktur modernisiert** werden (vgl. S.12f.). Die Partei setzt sich außerdem für zukunftsfähigeren Güterverkehr ein. In diesem Zusammenhang setzen sie auf die Verlegung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene (vgl. S.14). „*Den ausufernden Lkw-Verkehr wollen [sie] durch eine CO₂-orientierte Maut so regulieren, dass die entstehenden Kosten von den Verursacher*innen getragen werden.*“ (ebd.).

Artensterben aufhalten, Naturschutzgebiete erweitern und Biologische Vielfalt erhalten

Um das Artensterben zu beenden, plädiert die Partei für eine Veränderung der bisherigen Landnutzung. Mit grüner Regierungsbeteiligung soll ein sogenanntes **Sofortprogramm Artenschutz** zur Anwendung kommen, welches beispielsweise den Pestizideinsatz verringern soll. Sie wollen Naturschutzkorridore schaffen, Natura-2000-Gebiete verteidigen und verbessern und Schutzgebiete vergrößern bzw. neue schaffen. Insgesamt sollen 10 Prozent der Gelder aus dem Energie- und Klimafonds für Klimaschutz durch Naturschutzmaßnahmen eingesetzt werden. Mittels eines sogenannten **Wildnisfonds** will die Partei dafür sorgen, dass „[...] sich auf mindestens 2 Prozent der Landesfläche wieder echte Wildnis entwickelt [...]“ (S.15). Mit der Begründung die Natur zu retten, gilt es laut Partei den Flächenverbrauch drastisch zu reduzieren (vgl. 56.).

Den Wald retten

Die Partei identifiziert den Wald als stark durch den Klimawandel bedroht und thematisiert das Waldsterben. Naturnahe, artenreiche und klimastabile Waldökosysteme erachten die Grünen widerstandsfähiger als Monokulturen. Um eine **naturnahe Waldbewirtschaftung** nach **ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben** zu unterstützen, wollen sie bei einer Regierungsbeteiligung gesetzliche Mindeststandards festlegen. Die Bewirtschaftung von Flächen in der öffentlichen Hand soll an bestimmte ökologische Kriterien geknüpft werden (im Wald FSC). Die Grünen fordern weiterhin **5 %** der Wälder komplett aus der Nutzung zu nehmen und diese der Natur zu überlassen (vgl. S.15).

Die Partei setzt sich darüber hinaus für eine Renaturierung von Wäldern und die Wiedervernässung von Mooren ein (vgl. S.16). Die Grünen sprechen sich darüber hinaus dafür aus, den Einsatz von Pestiziden insgesamt zu reduzieren. Dafür wollen sie eine **Pestizidabgabe** einführen. In Naturschutzgebieten soll der Einsatz solcher Mittel komplett untersagt werden. Landwirte sollen bei der Umsetzung finanziell unterstützt werden. Weiterhin soll ein kombiniertes Forschungs-, Umsetzungs- und Beratungsprogramm für nicht chemisch-synthetischen Pflanzenschutz aufgelegt werden (vgl. S.19).

Auf EU-Ebene will die Partei einen Importstopp für Agrarprodukte erwirken, die im Zusammenhang mit illegaler Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen stehen. Einer fortschreitenden Geschwindigkeit in Bezug auf die Abholzung von Tropen-, Ur- und Mangrovenwäldern wollen die Grünen entgegenwirken. Die **EU-Holzhandelsverordnung** soll deshalb gestärkt werden. Um gerodete Wälder zu kompensieren, fördern sie außerdem sowohl national als auch international die **Wiederbewaldung und Renaturierung** zerstörter Flächen (vgl. S.34).

Ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen

Die Grünen erachten das Erreichen der Klimaziele nur mit einer **Bauwende** als möglich. Dabei geht es ihnen um ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen. Konkret streben sie ein **Gebäude-Ressourcen-Gesetz** und eine **Holzbaustrategie** an, damit mit mehr nachwachsenden Rohstoffen gebaut werden kann. Klimafreundliche Baumaterialien wollen sie dabei stärken (vgl. S.55f.).

Den Programmentwurf zur Bundestagswahl finden Sie hier:

https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_2021.pdf